Kapitel 8 DAS NEUE POLITISCHE SYSTEM

1. DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

Die sozioökonomische Struktur der Neuen Weltordnung ist eine Welt des „Habens" und des „Nichtshabens", in der es außer den wenigen nützlichen, aber entbehrlichen Handlangern praktisch keine Mittelschicht gibt. Der Abstieg in den Neofeudalismus macht auch politische Entrechtung und rechtliche Entfremdung erforderlich, d. h. die Umkehrung eines tausendjährigen historischen Fortschritts in Richtung Freiheit und Demokratie.
Gibt es wirklich einen Plan für eine Weltregierung dieser Art oder ist das bloß eine Verschwörungstheorie? Aus den geheimen Politbüro-Dokumenten von Vladimir Bukovsky geht hervor, dass sich Gorbatschow in den Jahren vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit europäischen sozialistischen Führern und der internationalen Finanzelite traf und über die Annäherung der sowjetischen Staaten an den neuen europäischen Staat diskutierte. In einem privaten Gespräch mit dem argentinischen Präsidenten Carlos Menem am 25. Oktober 1990 sagte Gorbatschow:
Einer meiner Mitarbeiter schrieb vor einiger Zeit, wir müssten eine Weltregierung schaffen. Damals lachten die Leute über ihn. Aber heute?
C. Menem. Vor etwa 40 Jahren sprach Peron vom Kontinentalismus, der uns die Schaffung einer Weltregierung ermöglichen würde.
Herr Gorbatschow. Ich glaube, wir sollten über eine Stärkung der Rolle der UNO nachdenken. Sie konnte ihr Potenzial 40 Jahre lang nicht ausschöpfen und hat erst jetzt eine solche Chance bekommen. Hier ist ein Prototyp einer Weltregierung für Sie.
Aufgrund seiner Erfahrungen mit dem Sozialismus ist Herr Bukovsky davon überzeugt, dass die Expansionspläne der EU keine Grenzen kennen. Romano Prodi hat bereits eine Karte der Interessensphäre der EU entworfen, die den gesamten Nahen Osten, Nordafrika und die Türkei umfasst. Die Träume der Finanzelite und der Sozialistischen Internationale sind ein und derselbe, denn, so Bukovsky, „keine Utopie hat jemals in einem begrenzten Raum funktioniert, sei es ein Dorf, eine Stadt, ein Kontinent oder ein Planet".
Natürlich konnte nichts davon öffentlich geschehen, weshalb die Russen die Archive des Politbüros schnell wieder versiegelten. Dies wird mit der sozialistischen Taktik des Inkrementalismus erreicht. Die UNO mit ihrem sanften hellblauen Emblem wird der Öffentlichkeit als Institution des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit präsentiert und dient als Schafspelz für das Rudel Wölfe, die sie unterstützen. Während die UNO noch weitgehend ein Feigenblatt für eine Weltregierung ist, werden auf der Grundlage dieser gemütlichen „großen Idee" echte politische Machtblöcke aufgebaut. Die Amerikaner wären gut beraten, einen Blick auf die EU zu werfen, um zu erkennen, wie gemütlich diese große Idee nicht ist. Die Unterschiede zwischen der anglo-amerikanischen politischen Tradition und den Prinzipien, die der UNO zugrunde liegen, sind offensichtlich.
Die Europäische Union wurde kürzlich von Ashley Mote, Mitglied des Europäischen Parlaments und Autorin von Vigilance: A Defence of British Liberty, zusammengefasst.

- Traditionell bezieht der Staat in Großbritannien und den USA seine Macht vom Volk und ist ihm gegenüber rechenschaftspflichtig. In der EU existiert der Staat aus eigenem Recht und das Volk ist ihm gegenüber rechenschaftspflichtig. Ein bedeutendes Beispiel für diesen Philosophiewandel ist die Ankündigung eines neuen Leitbilds für Großbritanniens riesige Steuer- und Sozialbehörde, die Inland Revenue, die stolz auf der Homepage www.inlandrevenue.gov.uk zu sehen ist:

Die Aufgabe der Inland Revenue besteht darin, sicherzustellen, dass jeder versteht und erhält, was ihm zusteht, und dass jeder versteht und zahlt, was er schuldet, sodass jeder zum Bedarf des Vereinigten Königreichs beiträgt.

„damit jeder zum Wohle Großbritanniens beiträgt"? Wollen sie damit sagen, dass die britischen Bürger dazu da sind, dem Staat zu dienen? Was passiert, wenn jemand sich entscheidet, nicht zum Wohle Großbritanniens „beizutragen" und wer bestimmt, wie jemand „beitragen" soll?

- In Großbritannien und den USA sind unsere Rechte und Freiheiten ein Geburtsrecht. In der EU gibt es keine Rechte oder Freiheiten, sondern nur Privilegien, die entzogen werden können.
- In Großbritannien und den USA steht niemand über dem Gesetz. In der EU haben sich die Bürokraten Immunität vor Strafverfolgung gewährt.
- In Großbritannien und den USA kann die Regierung alle paar Jahre vom Volk ersetzt werden. In der EU wird die Regierungskommission nicht vom Volk oder dem Europäischen Parlament gewählt, sondern von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten ernannt.
- In Großbritannien und den USA ist alles erlaubt, sofern es nicht ausdrücklich verboten ist. In der EU ist alles implizit verboten, sofern die EU nicht beschließt, es zuzulassen.

Diese Grundsätze sind fest in der politischen Organisation der Europäischen Union verankert. Obwohl es theoretisch eine Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative gibt, liegt die Macht in Wirklichkeit fest in den Händen der Exekutive. Die 25 Kommissare, die die Regierung der EU bilden, sind keine Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEP), sondern werden alle fünf Jahre von einer qualifizierten Mehrheit der Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten im Europäischen Rat ernannt. Obwohl das Parlament die Ernennung der Kommission genehmigen muss und sie mit einer Zweidrittelmehrheit entlassen kann, kann es die Ernennung einzelner Kommissare weder genehmigen noch ablehnen oder sie einzeln entlassen. Ein Misstrauensantrag hat noch nie die erforderliche Mehrheit erreicht, und selbst wenn dies jemals der Fall wäre, hätte das Parlament nicht die Befugnis, eine neue Kommission zu ernennen. 1999 war Neil Kinnock Mitglied der Santer-Kommission, die wegen schwerer finanzieller Korruption zum Rücktritt gezwungen wurde. Herr Kinnock wurde in die Ersatzkommission als Kommissar berufen, der für die Bekämpfung des EU-Betrugs zuständig ist!
Jeffrey Titford, Europaabgeordneter für die Ostregion und Mitglied der U.K. Independence Party (UKIP), war einer von vielen Europaabgeordneten, die über bestimmte Ernennungen in der neuen Kommission im Januar 2005 bestürzt waren:
Als mein Kollege Nigel Farage, MdEP, vor kurzem im Europäischen
Als er vor dem Parlament die neue Europäische Kommission anprangerte, wurde er verunglimpft und mit rechtlichen Schritten bedroht. Herr Farage hatte seine Kollegen gefragt, ob sie „von

diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen" würden, als er enthüllte, dass Jacques Barrot zu einer 8-monatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden war und für 2 Jahre von der Ausübung eines gewählten Amtes in Frankreich ausgeschlossen war, nachdem er im Jahr 2000 wegen der Veruntreuung von 25 Mio. FFR (3,8 Mio. USD) aus staatlichen Mitteln durch Umleitung in die Kassen seiner Partei verurteilt worden war.
Großbritannien hat mit Peter Mandelson einen ebenso eindrucksvollen Vertreter, der von Tony Blair ausgewählt und im Januar 2005 ordnungsgemäß zum Handelskommissar ernannt wurde. Er musste nicht nur einmal, sondern zweimal aus Blairs Regierung zurücktreten, weil ihm Korruption vorgeworfen wurde. Im Dezember 1998 wurde bekannt, dass Mandelson 1996 mit Hilfe eines zinslosen unbefristeten Darlehens in Höhe von 373.000 Pfund ein Haus in Notting Hill gekauft hatte. Der Millionär und Labour-Abgeordnete Geoffrey Robinson war ebenfalls in der Regierung, doch seine Geschäftsbeziehungen wurden vom Handels- und Industrieministerium untersucht, dem Mandelson vorstand. Nach nur zehn Monaten Abwesenheit wurde er im Oktober 1999 erneut zum Minister für Nordirland ernannt. Am 21. Januar 2001 trat Mandelson erneut zurück, nachdem herauskam, dass er, während er das Millenium Dome-Projekt leitete, das Innenministerium im Namen von Srichanda Hinduja angerufen hatte, eines indischen Geschäftsmanns, der die britische Staatsbürgerschaft anstrebte. Herr Hinduja hatte dem gescheiterten Dome-Projekt eine Million Pfund geboten. Mit einer solchen Erfolgsbilanz war Mandelson ein Spitzenjob in Brüssel sicher.
Nach den Römischen Verträgen von 1957 hat die EU-Kommission das alleinige Recht, Gesetze auszuarbeiten, was bedeutet, dass das Parlament weder Gesetze initiieren noch aufheben kann. Die Kommission hat als „Hüterin der Verträge" auch das Recht auf „ihre eigene Entscheidungsgewalt", was es ihr erlaubt, eigene Verordnungen zu erlassen, um beispielsweise die Gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik durchzusetzen. Im Gegensatz zu Richtlinien werden Verordnungen sofort zu Gesetzen, sobald sie das Europäische Parlament passiert haben, und müssen nicht von den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden.
Im Rahmen des Konsultationsverfahrens gibt es jedoch wichtige Bereiche der EU-Gesetzgebung, über die das Europäische Parlament keinerlei Einfluss hat. Die einzige gesetzliche Anforderung besteht darin, dass das Parlament seine Meinung zu vorgeschlagenen Gesetzen äußert. Das Informationsblatt der EU mit dem Titel „Entscheidungsfindung in der Europäischen Union" beschreibt dies ausführlicher. (Siehe http://europa.eu.int/institutions/decision-making/index_en.htm)
Für die Verabschiedung neuer EU-Gesetze gibt es drei Hauptverfahren:

- Mitentscheidung;
- Beratung;
- Zustimmung.

Der Hauptunterschied zwischen ihnen besteht in der Art und Weise, wie das Parlament mit dem Rat interagiert.

[der Minister]. Im Konsultationsverfahren gibt das Parlament lediglich seine Meinung ab [Hervorhebung hinzugefügt]; im Mitentscheidungsverfahren teilt das Parlament tatsächlich die Macht mit dem Rat. Wenn die Europäische Kommission ein neues Gesetz vorschlägt, muss sie entscheiden, welches Verfahren sie befolgen will. Die Wahl hängt im Prinzip von der „Rechtsgrundlage" des Vorschlags ab.

Die vom Konsultationsverfahren abgedeckten Bereiche sind:

- Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
- Revision der Verträge
- Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder ethnischen Herkunft, der Religion oder politischen Überzeugung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung
- Unionsbürgerschaft
- Landwirtschaft
- Visa, Asyl, Einwanderung und andere mit der Freizügigkeit verbundene Politiken
- Verkehr (sofern mit erheblichen Auswirkungen auf bestimmte Regionen zu rechnen ist)
- Wettbewerbsregeln
- Steuerliche Regelungen
- Wirtschaftspolitik
- „Verstärkte Zusammenarbeit" – d. h. die Regelung, die es einer Gruppe von Mitgliedstaaten ermöglicht, in einem bestimmten Bereich zusammenzuarbeiten, auch wenn die anderen sich noch nicht beteiligen möchten.

Selbst wenn die Kommission Gesetze im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens sowohl an den Ministerrat als auch an das Parlament weiterleitet, ist die Menge der von der Kommission herausgegebenen Richtlinien und Verordnungen so groß, dass die Abgeordneten nicht einmal Zeit haben, einen Großteil der Gesetze zu lesen. Da sie oft keine Ahnung haben, worüber sie abstimmen, verlassen sich die Abgeordneten darauf, dass Beamte ihnen sagen, wie sie abstimmen sollen. Der derzeitige britische Europaabgeordnete Nigel Farage erklärte, dass die Abgeordneten einmal in einer 80-minütigen Sitzung 450 Mal über Richtlinien abstimmen mussten. Er gab freimütig zu, dass es eine Farce war und er so abgestimmt hat, wie man es ihm gesagt hatte.1 In einem weiteren BBC-Interview sagte er:
So wurde mir beispielsweise gesagt, dass ich am 21. Juli - dem zweiten Tag dieser Sitzung - an einem Vormittag mit meinem elektronischen Abstimmungsgerät über bis zu 500 Anträge abstimmen soll. Das scheint mir einfach unmöglich.2
Das Vaterunser umfasst 70 Worte, die Zehn Gebote 297, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 300 und die Richtlinie des Gemeinsamen Marktes über den Export von Enteneiern 26.911. Über 23.000 EU-Rechtsakte sind in Kraft und rund ein Drittel des britischen Rechts hat mittlerweile seinen Ursprung in Brüssel.3
Schließlich kann man das Europäische Parlament nicht einmal als Debattierclub bezeichnen. Die Abgeordneten der kleineren Fraktionen können froh sein, wenn sie wöchentlich zwei 90-Sekunden-Slots für eine Debatte bekommen. Eine fundierte, tiefgründige Diskussion findet im Europäischen Parlament daher nicht statt.4 In Großbritannien werden ausführliche Protokolle von Parlamentsangelegenheiten aufgezeichnet und für alle einsehbar veröffentlicht (Hansard). In der EU werden nur wenige der Sitzungen aufgezeichnet oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Eine Suche nach dem Wort „Minutes" im nützlichen EU-Wörterbuch www.EUABC.com ergab, dass die Europäische Zentralbank sich im Gegensatz zu anderen Zentralbanken weigert, die Protokolle ihrer Sitzungen zu veröffentlichen. Das Wörterbuch führt auch ein neues Wort „Komitologie" ein, um die Arbeit und das Studium der vielen Ausschüsse und Arbeitsgruppen in der EU zu beschreiben. Ein schwedischer Wissenschaftler hat etwa 1350 aktive Arbeitsgruppen in der

Kommission gefunden, von denen die meisten ohne die volle Aufsicht der Abgeordneten arbeiten, die nicht einmal die Namenslisten der Teilnehmer erhalten können.
Die Korruption in der Brüsseler Bürokratie wird in Kapitel 11, „Der Rechtsapparat des Totalitarismus", ausführlicher behandelt.

ELEKTRONISCHE ABSTIMMUNG

Die jüngsten Ereignisse in den USA zeigen, warum elektronische Wahlen die Vorgehensweise des Europäischen Parlaments und die Zukunft der Demokratie im globalen Feudalismus sind: Sie sind auf Betrug ausgelegt. Elektronische Touchscreen-Wahlen werden in den gesamten USA eingeführt, wobei eine Software zum Einsatz kommt, die keine physische Überprüfung oder Stimmenauszählung zulässt, Mehrfachstimmen erlaubt und aus der Ferne abgerufen werden kann, um das Wahlergebnis zu ändern. Wie könnte die Öffentlichkeit davon überzeugt werden, dies zu akzeptieren? Erinnern Sie sich an die Wahlen von 2000: Nach dem Debakel in Florida (und eigentlich an vielen anderen Orten in den USA) mit seinen hängenden und schwangeren Lochkarten und anderen Lochkartenproblemen verabschiedete der Kongress 2002 den Help America Vote Act. Eine der Funktionen des neuen Gesetzes bestand darin, den Bundesstaaten 4 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen, um ihre oft veralteten Wahlgeräte zu modernisieren. Mit den verfügbaren Bundesmitteln und der warnenden Geschichte von Florida als Warnung begannen die Bundesstaaten in Scharen auf elektronische Wahlgeräte umzusteigen. Dies ist die klassische „Problem-Reaktion-Lösung"-Taktik des Wolfs im Schafspelz.5

Im Zentrum der Kontroverse steht die Firma Diebold Election Systems Inc. aus Ohio, die in den USA 33.000 Touchscreen-Wahlmaschinen verkauft hat. Diebold spendete zwischen 2000 und 2002 mindestens 195.000 Dollar an die Republikanische Partei, und ihr CEO Walden O'Dell versprach einst, die Wahlmännerstimmen Ohios für Präsident Bush zu "liefern".6

Bei den Wahlen 2002 in Georgia versuchten einige Wähler, die Diebold-Maschinen benutzten, für einen Kandidaten zu stimmen, doch die Maschine registrierte stattdessen eine Stimme für den Gegner. Bei dieser Wahl kam es zu sechs unerwarteten Wahlniederlagen, darunter eine, bei der der amtierende Senator, der in den Umfragen weit vorne lag, mit elf Prozentpunkten verlor. Diebold hatte die von den Wahlmaschinen verwendete Software sieben oder acht Mal geändert, ohne dass jemand sie überprüfte, und nach der Wahl überschrieb das Unternehmen sofort den Flash-Speicher aller von diesen Maschinen verwendeten Karten, sodass es heute unmöglich ist, das tatsächliche Stimmenergebnis zu ermitteln.7

Forscher der Johns Hopkins University und der Rice University gaben an, sie hätten in einem Wahlsystem von Diebold Inc. Fehler entdeckt, die es Wählern und Wahlhelfern ermöglichen könnten, mehrere Stimmzettel abzugeben, die Stimmen anderer zu ändern oder eine Wahl vorzeitig abzubrechen. Es gibt keine Verschlüsselung sensibler Daten: Diebold verschlüsselt die Stimmenzahlen nicht, bevor sie über das Internet an die Wahlbehörde übermittelt werden, sodass Außenstehende in das System eindringen und die Wahlergebnisse ändern können. Ein Mangel an Kontrolle im Entwicklungsprozess könnte es Programmierern ermöglichen, geheime „Hintertüren" für Manipulationen zu schaffen. Der Quellcode von Diebold wird geheim gehalten. Wähler erhalten keine schriftliche Bestätigung ihrer Stimme.8,9,10

Diese Information gelangte erst an die Öffentlichkeit, als sich im März 2003 jemand in einen von Diebold genutzten Webserver hackte und Tausende von Nachrichten kopierte, die in einem Online-Diskussionsforum gepostet worden waren, das von Diebold-Mitarbeitern intern genutzt wurde, um über die Wahlmaschinen zu diskutieren, sowie den eigentlichen Code, der in den Wahlmaschinen verwendet wurde. Im August 2003 wurden die Dokumente an Journalisten geschickt und die Geschichte wurde in die Öffentlichkeit getragen.11 Diebold reagierte, indem er rechtliche Schritte

wegen Urheberrechtsverletzung androhte und verlangte, dass das anstößige Material von den Internetseiten entfernt wird. Computerprogrammierer, ISPs und Studenten an 20 Universitäten, darunter der University of California in Berkeley und dem Massachusetts Institute of Technology, erhielten Unterlassungsaufforderungen.
Unglücklicherweise für Diebold liegen die Dateien nun auf Servern in aller Welt. Der Kongressabgeordnete und demokratische Präsidentschaftskandidat Dennis Kucinich hat die Kampagne gegen Diebold aufgenommen und die Dokumente auf seiner Website veröffentlicht.12
Als Reaktion auf diese Enthüllungen ordnete der Gouverneur von Maryland im August eine Prüfung der Software der Touchscreen-Wahlmaschinen von Diebold durch Dritte an. Maryland war der erste Bundesstaat, der landesweit ein einheitliches elektronisches Wahlsystem einführte. Nur wenige Tage vor der Veröffentlichung des Universitätsberichts erteilte Maryland Diebold einen 55,6 Millionen Dollar schweren Vertrag zur Lieferung und Wartung von 11.000 zusätzlichen Diebold-Maschinen, die im ganzen Bundesstaat für die Präsidentschaftsvorwahlen 2004 eingesetzt werden sollen.13Der Bundesstaat Kalifornien untersucht Vorwürfe, Diebold habe illegal Software in die Maschinen in der San Francisco Bay Area eingeschleust, nachdem diese bereits öffentlich zertifiziert worden waren.14
Im Zuge der Bedenken über Sicherheitsmängel in elektronischen Wahlsystemen startet eine Lobbygruppe eine PR- und Lobbykampagne, um den Wahlunternehmen zu helfen, „kurzfristige Schäden zu reparieren, die durch negative Berichte und Medienberichterstattung entstanden sind", anstatt das Problem selbst anzugehen. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass das Problem nicht zufällig, sondern absichtlich entstanden ist.15
Die britische Regierung plant, in Großbritannien die elektronische Stimmabgabe einzuführen. Die Initiative geht vom Büro des stellvertretenden Premierministers aus, dem gleichen Ministerium, das auch für die Aufteilung des Landes in Regionen zuständig ist, wie weiter unten erläutert wird. 16

1. Verbot des Widerstands gegen eine Weltregierung

Seien Sie nicht überrascht, wenn Sie 2005 auf der Titelseite der Zeitung lesen: „Es ist offiziell: Großbritannien ist illegal". Die Menschenrechtsgesetzgebung ist darauf angelegt, den Widerstand gegen eine Weltregierung zu verbieten. Jede Äußerung oder Handlung, die sich gegen eine Weltregierung richtet und den Nationalstaat unterstützt, wird als „Rassismus" oder „Fremdenfeindlichkeit" geahndet. Wenn der Rahmenbeschluss der EU zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Kraft tritt oder, noch verheerender, das nationale Mustergesetz der UNO zur Orientierung der Regierungen bei der Verabschiedung weiterer Gesetze gegen Rassendiskriminierung, werden wir uns der Auflösung der Nationalstaaten und der Schaffung einer Weltregierung nicht mehr rechtlich widersetzen können.
Vereinigtes Königreich
Das Gesetz zur öffentlichen Ordnung von 1986 stellte die aktive Anstiftung zu Rassenhass unter Strafe. Die Definition von Rasse umfasst auch die nationale Herkunft.
EU
Die EU-Gesetze gegen den Nationalstaat begannen mit Artikel 14 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950. Die jüngste Änderung der Konvention, Protokoll Nr. 12, vom 4. November 2000, lautet:
Artikel 1 - Allgemeines Diskriminierungsverbot

- 1. Die Wahrnehmung aller gesetzlich gewährten Rechte muss ohne Diskriminierung insbesondere des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status gewährleistet sein.
- 2 Niemand darf durch eine öffentliche Behörde aus irgendeinem Grund diskriminiert werden

wie die in Absatz 1.17 genannten [Hervorhebung hinzugefügt]
Das Gesetz wird heute von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) verwaltet, die auf einem Gipfeltreffen des Europarats in Wien im Oktober 1993 ins Leben gerufen wurde. Auf einem zweiten Gipfeltreffen im Oktober 1997 in Straßburg wurde sie noch weiter gestärkt. Die Aufgabe der ECRI besteht in der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz.18 1997 wurde die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) gegründet, die als Kontrollorgan und Thinktank für die ECRI fungiert.19
Religiöser Hass, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind nach britischem Recht noch keine Straftaten.20 Das EU-Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über Computerkriminalität, das die Kriminalisierung von rassistischen und fremdenfeindlichen Handlungen über Computersysteme betrifft und im November 2002 von elf Ländern ratifiziert wurde, verpflichtet die Nationalstaaten jedoch, die Verbreitung rassistischer und fremdenfeindlicher Inhalte im Internet unter Strafe zu stellen. Wie in Kapitel 11 erörtert, macht der neue Europäische Haftbefehl Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu zwei von 32 Straftaten, für die britische Bürger an EU-Länder ausgeliefert werden können, in denen sie als Straftaten gelten. Dies verhindert, dass britische Bürger im Internet antiglobalistische Ansichten äußern, da diese in einem Land gelesen werden können, in dem „Hassreden" verboten sind.21,22,23
Schlimmer noch: Der bevorstehende Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zielt darauf ab, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Großbritannien und allen anderen europäischen Ländern zu Straftaten zu erklären. Zu den Straftaten gehören: öffentliche Verbreitung oder Verteilung von Traktaten, Bildern oder anderen Materialien, die rassistische oder fremdenfeindliche Äußerungen enthalten; Leitung einer rassistischen oder fremdenfeindlichen Gruppe (unter einer „Gruppe" ist eine strukturierte Organisation zu verstehen, die aus mindestens zwei Personen besteht und für einen bestimmten Zeitraum gegründet wurde) 5. Anstiftung, Beihilfe,
Die Beihilfe oder der Versuch der Begehung der oben genannten Straftaten wird ebenfalls strafbar sein. 10. Die Mitgliedstaaten werden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um diesen Rahmenbeschluss bis zum 30. Juni 2004 umzusetzen.24
DIE AMERIKANISCHE UNION
Die Organisation Amerikanischer Staaten wurde 1948 gegründet und umfasst heute alle 35 unabhängigen Länder des amerikanischen Kontinents. Ihr Zweck ist derselbe wie der der EU, ein föderaler Superstaat, auch wenn Politiker das niemals zugeben würden. 25 Wie die EU ist sie keine populäre Idee, zumindest nicht in der nördlichen Hemisphäre, die am meisten zu verlieren hat. Deshalb wird der Widerstand gegen sie unter dem Deckmantel des Schutzes der Menschenrechte für illegal erklärt.
Artikel 1 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention von 1969 lautet:
Die Vertragsstaaten dieser Konvention verpflichten sich, die hierin anerkannten Rechte und

Freiheiten zu achten und allen ihrer Hoheitsgewalt unterliegenden Personen die freie und volle Ausübung dieser Rechte und Freiheiten zu gewährleisten, ohne Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des wirtschaftlichen Status, der Geburt oder sonstiger sozialer Merkmale.26[Hervorhebung hinzugefügt]
Im San Salvador-Protokoll von 1988 heißt es:
Die Vertragsstaaten dieses Protokolls verpflichten sich, die Ausübung der hierin festgelegten Rechte ohne jegliche Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauungen, der nationalen oder sozialen Herkunft, wirtschaftlicher Status, Geburt oder sonstige soziale Bedingungen.
Zu den im Protokoll garantierten Rechten gehören das Recht auf Arbeit, Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit und Bildung.27
UND
Die Grundsatzdokumente des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, des Komitees zur Beseitigung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz, machen absolut klar, dass Kritik an der Weltregierung, ob öffentlich oder privat, illegal sein wird. Die nationale Modellgesetzgebung zur Orientierung der Regierungen bei der Verabschiedung weiterer Gesetze gegen Rassendiskriminierung ändert tatsächlich die Bedeutung des Wortes Rassismus, indem sie Fremdenfeindlichkeit in wahrhaft orwellschem Neusprech einschließt.
Fremdenfeindlichkeit, Patriotismus oder Nationalismus sind laut der UN dasselbe wie Rassismus. 28
2. Unter Rassendiskriminierung ist in diesem Gesetz jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, der Staatsangehörigkeit oder der ethnischen Herkunft beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Einschränkung, Bevorzugung oder Auslassung zu verstehen, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass die Anerkennung, gleichberechtigte Wahrnehmung oder Ausübung der im Völkerrecht anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten direkt oder indirekt vereitelt oder beeinträchtigt wird.
Kritik an der Weltregierung wird illegal sein
. Nach diesem Gesetz und im Einklang mit dem Völkerrecht unterliegen die Meinungsfreiheit und die Freiheit der freien Meinungsäußerung sowie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit für friedliche Zwecke den folgenden Beschränkungen: 23. Es ist strafbar, eine Person oder eine Gruppe von Personen durch Worte oder ein Verhalten zu bedrohen, zu beleidigen, lächerlich zu machen oder anderweitig zu missbrauchen, wenn dies einen Versuch der Rassendiskriminierung oder des Rassenhasses verursacht oder vernünftigerweise als solcher ausgelegt werden kann, oder eine Person oder eine Gruppe von Personen zu derartigen Handlungen anzustiften.
Es ist illegal, auf Ihrer Website einen Link zu einer anderen Website zu platzieren, die die Weltregierung kritisiert.

1. Es ist strafbar, in Veröffentlichungen, Sendungen, Ausstellungen oder durch sonstige soziale Kommunikationsmittel Material zu verbreiten oder die Verbreitung zu veranlassen, das Ideen oder Theorien zum Ausdruck bringt oder impliziert, deren Ziel die Anstiftung zur Rassendiskriminierung ist.

Es ist illegal, Freunden und Familie zu sagen, dass eine Weltregierung eine schlechte Idee ist.

1. Die in den Absätzen 23 bis 25 dieses Abschnitts genannten Handlungen gelten als Straftat, unabhängig davon, ob sie öffentlich oder privat begangen wurden.

2. Eine Handlung, die innerhalb einer Privatwohnung stattfindet und nur von einer oder mehreren in dieser Wohnung anwesenden Personen beobachtet wird, stellt keine Straftat dar.

NATIONALE POLITISCHE PARTEIEN UND REGIERUNGEN WERDEN VERBOTEN SEIN
30. Jede Organisation, die rassische Diskriminierung gegenüber einer Einzelperson oder einer Gruppe von Personen fördert, anstiftet, propagiert oder organisiert, soll für illegal erklärt und verboten werden. Gemäß Abschnitt 8 (c) umfasst die Bestrafung von Übertretern die Aussetzung des Rechts, in ein öffentliches Amt gewählt zu werden.
An dieser Stelle ist es erwähnenswert, dass der Verfassungsausschuss der EU über einen Entwurf für ein „Statut der europäischen politischen Parteien" grübelt. Die Gründung staatlich finanzierter paneuropäischer Parteien ist etwas, was die Föderalisten verzweifelt wollen. Wenn eine Mehrheit der Europaabgeordneten entscheiden würde, dass eine Partei nicht ihrer Definition von Menschenrechten und demokratischen Werten entspricht, würde sie ausgeschlossen. Genau dies war die Masche, die im gesamten Warschauer Pakt angewandt wurde. Parteien wurden zunächst mit der Begründung verboten, sie seien faschistisch, und bald galt diese Definition für alle außer den Kommunisten und ihren Verbündeten in der Bauernpartei.29
Nationale Grenzen werden abgeschafft
36. Es ist eine Straftat, wenn ein Beamter oder sonstiger Bediensteter des Staates oder einer öffentlichen Einrichtung, eines nationalen Unternehmens oder einer juristischen Person, die finanzielle Unterstützung von öffentlichen Behörden erhält, einer Einzelperson oder einer Gruppe von Personen den Zugang zu einem Recht, Privileg oder Vorteil aus rassistischen Gründen verweigert. 37. Es ist eine Straftat aus rassistischen Gründen: (a) die Einstellung einer Einzelperson oder einer Gruppe von Personen für eine freie Stelle, für die die betreffenden Personen qualifiziert sind, zu verweigern oder davon abzusehen.
Dem Daily Telegraph zufolge wurde bereits das erste Gerichtsurteil gefällt, das Fremdenfeindlichkeit mit Opposition gegen die Weltregierung gleichsetzt:
Ist euroskeptische Kritik fremdenfeindlich? Ich stelle diese Frage nur halb im Scherz, denn die EU-Institutionen haben die Angewohnheit, Parodien zu übertreffen. Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs hat am 19. Oktober ein Gutachten veröffentlicht – Rechtssache C-274/99 P –, in dem er argumentiert, dass politische Kritik an der EU Blasphemie gleichkommen und daher eingeschränkt werden kann. Er bestreitet dies. Lesen Sie den Fall selbst – auf Spanisch oder Französisch; Englisch ist nicht verfügbar. Er missbraucht einen Blasphemiefall, Wingrove gegen das Vereinigte Königreich, als Baustein für die Argumentation für repressive Befugnisse zur Einschränkung der freien Meinungsäußerung.30
In Großbritannien ist die Gedankenpolizei bereits aktiv. Im Januar 2003 wurde Robin Page, ehemaliger Moderator der Fernsehsendung One Man and his Dog und Kolumnist des Daily Telegraph, von der Polizei verhört, nachdem er gesagt hatte, dass Landbewohner dieselben Rechte haben sollten wie Schwarze, Muslime und Homosexuelle. Herr Page wurde wegen des Verdachts der Anstiftung zu Rassenhass verhaftet, nachdem er im November bei einer Pro-Jagd-Kundgebung eine Rede gehalten hatte, die mit den Worten begann: „Wenn ein schwarzer, vegetarischer, muslimischer, asylsuchender, einbeiniger, lesbischer Lastwagenfahrer anwesend ist ... will ich dieselben Rechte wie Sie."3i

1. SCHAFFUNG REGIONALER REGIERUNGEN

Die politische Struktur der globalen UN-Regierung wird durch Regionalismus, auch Föderalismus

genannt, aufgebaut. Nationalstaaten werden in kleinere Regionen zerlegt und von größeren internationalen Machtblöcken übernommen, so wie die Welt in Orwells 1984 in Ozeanien, Eurasien und Ostasien und in Huxleys Schöne neue Welt in zehn Regionen aufgeteilt wurde. Der Superstaat EU ist fast fertig und dient als Modell für die Organisation Amerikanischer Staaten. Der Regionalismus soll nationale Regierungen umgehen und die Macht unter der UN zentralisieren. Innerhalb der EU gibt es derzeit 111 separate Regionen. In vielen kontinentaleuropäischen Ländern ist eine Form der Regionalregierung seit Jahrzehnten üblich, insbesondere in Frankreich, Deutschland, Spanien und Italien. Artikel 198 a des Vertrags von Maastricht 199232 richtete den Ausschuss der Regionen ein, und seitdem verfolgt die britische Regierung dieses Ziel, die politische Struktur des Vereinigten Königreichs aufzubrechen, damit die kleineren Teile Brüssel und nicht Westminster Rechenschaft ablegen können. Nordirland, Schottland und Wales haben jetzt ihre eigenen Regionalversammlungen, und bald wird England in neun Regionen aufgeteilt, was insgesamt zwölf britische Regionen ergibt. In allen zwölf Regionen wurden bereits Regierungsbüros, Regionalentwicklungsagenturen und Regionalversammlungen eingerichtet, deren nicht gewählte Mitglieder ernannt wurden.33.34Referenden zur Einrichtung gewählter Versammlungen in England werden im Herbst 2004 abgehalten.35 Es ist klar, dass die britische Souveränität vollständig an die EU abgegeben werden soll.

1. WELTREGIERUNG ODER DREI WELTKRIEG

Die folgenden Vorhersagen basieren auf aktuellen Trends und auf einem Verständnis der politischen Ziele der Elite. Diese Vorhersagen werden von vielen Forschern der Neuen Weltordnung geteilt.
Nationale Grenzen werden letztlich durch militärische Kompetenz definiert. Alle UN-Erlasse und -Konventionen bedeuten nichts, wenn sie nicht militärisch gegen widerspenstige Nationen durchgesetzt werden können. Der EU-Superstaat wird seine notwendige Armee durch schrittweises Vorgehen aufbauen. Dies wird manchmal als „Ratschensystem" bezeichnet, da es keinen Mechanismus zur Aufhebung von EU-Gesetzen gibt. Die massive geopolitische Umstrukturierung, die erforderlich ist, um alle Nationen unter eine Weltarmee zu bringen, wird jedoch etwas ziemlich Spektakuläres erfordern. Denkfabriken, Universitätsstipendien und Bestechungsgelder reichen nicht aus, um eine Weltregierung zu schaffen. Der Völkerbund und die Vereinten Nationen wurden in der Hitze des Ersten und Zweiten Weltkriegs geschmiedet. Eine Weltregierung wird die Folge des Dritten Weltkriegs sein. Es wird eine dreigleisige Strategie verfolgt, die als globaler Krieg gegen den Terror getarnt ist. Erstens: Der Status Amerikas als Supermacht wird zerstört. Dies wird teilweise durch die Umsetzung der zweiten Taktik erreicht, die darin besteht, unkooperative Nationen, insbesondere jene im Nahen Osten, unter die Kontrolle der UN zu bringen. Amerikas militärische Macht wird durch die Invasion von Ländern der Dritten Welt und die Errichtung von UN-Protektoraten erschöpft. Drittens werden drohende oder tatsächliche Konflikte zwischen Atommächten alle Nationen dazu bewegen, ihre militärische Macht an die UN abzutreten und damit dauerhaft ihre Souveränität aufzugeben. Aus diesem Grund hat der Westen Nordkorea und China Atomtechnologie überlassen. An diesem Punkt, bevor Hunderte von Städten zerstört werden, wird es eine UN-Sonderkonferenz geben. Die erzielte Vereinbarung wird darin bestehen, die Kontrolle über alle Massenvernichtungswaffen an eine UN-Agentur abzugeben. Die Unterstellung aller konventionellen Streitkräfte unter das Kommando der UN wird folgen. Schließlich werden alle Streitkräfte zu „Friedenstruppen" der UN, deren Zweck es ist, die UN-Hegemonie über Schurkenstaaten durchzusetzen.

Wenn das ein wenig phantastisch klingt, dann bedenken Sie Folgendes: Die Übungen der NATO zur Durchsetzung von UN-Embargos gegen abtrünnige Staaten haben bereits begonnen. Die erste Übung der NATO-Reaktionstruppe fand zwischen dem 11. und 26. September 2003 in Galloway, Schottland, statt. Dabei handelte es sich um eine „Krisenreaktionsoperation" mit dem Namen „Übung Nordlichter", bei der die Mission ein UN-Waffenembargo gegen einen neu gegründeten Staat durchsetzte. 36

Eine zweite Übung fand am 20. November 2003 in der Türkei statt. Der Website der NATO zufolge „retteten und evakuierten die Truppen UN-Mitarbeiter und Zivilisten, verhängten ein Embargo, führten Antiterroroperationen durch und demonstrierten ihre Macht".37

Wie amerikanische und europäische Politiker spielen auch die russischen und chinesischen Oligarchen gern ihre Rolle in dieser Farce, denn auch sie träumen von einer internationalen Regierungsführung. Ehemalige Parteichefs übernehmen gern die neue Rolle der „Weltkontrolleure" in den östlichen Regionen der schönen neuen Welt. Die neokonservative Regierung im Weißen Haus ist wie fast alle früheren Regierungen zu 100 % dem globalistischen Plan verpflichtet, die Unabhängigkeit der USA zu zerstören. Sobald dieser Plan abgeschlossen ist, wird die von Donald Rumsfeld initiierte NATO-Reaktionstruppe den imperialen Dekreten, die der Todesstern den Rebellenkolonien auferlegen will, den Boden unter den Füßen wegziehen.

Die Politik der Schwächung des US-Militärs begann ernsthaft unter Bush Sr. während des ersten Golfkriegs. 300.000 der 700.000 im Golfkrieg eingesetzten Soldaten sind heute schwer am Golfkriegssyndrom erkrankt.38 Ohne ersichtlichen Grund wird ihnen eine kostengünstige und wirksame medizinische Versorgung verweigert. Der ehemalige Berater des Verteidigungsministeriums, Dr. Garth Nicolson, schätzt, dass seit Kriegsende mindestens 25.000 Soldaten gestorben sind. Den anderen drohen dauerhafte Behinderung und Armut. Major Doug Rokke war 1994-95 Leiter des Projekts für abgereichertes Uran der US-Armee und setzt sich seither unermüdlich dafür ein, die verheerenden gesundheitlichen Auswirkungen von DU-Munition aufzudecken. In dem ihm vorliegenden Bericht der US-Veteranenverwaltung heißt es, bis August 2004 habe diese fast 280.000 US-Soldaten, die zwischen August 1990 und Mai 2004 in der Golfregion gedient hatten, bleibende Invaliditätsentschädigungen zugesprochen. 39 Unterdessen weigert sich die Veteranenverwaltung, die Existenz eines Golfkriegssyndroms anzuerkennen und diagnostiziert lieber eine posttraumatische Belastungsstörung. 40 Die Ursachen des Golfkriegssyndroms sind vielschichtig und werden ausnahmslos mit Munition mit abgereichertem Uran, experimentellen Impfungen und dem Kontakt mit chemischen und biologischen Waffen in Verbindung gebracht. Alle diese Faktoren führen zurück auf den westlichen militärisch-industriellen Komplex, der von der Elite kontrolliert wird und dessen ultimatives Ziel die militärische und wirtschaftliche Zerstörung Amerikas ist. Die Soldaten, die im ersten Golfkrieg dienten, sind fast alle aus dem Militär entlassen worden, sodass die armen neuen Rekruten, die heute im Irak und in Afghanistan dienen, wenig oder nichts von ihrem entsetzlichen Schicksal wissen. Die Politik scheint darauf abzuzielen, den Truppen eine begrenzte Einsatzdauer zu geben, nach deren Ablauf sie getötet oder außer Gefecht gesetzt werden, um Platz für die nächste Runde Kanonenfutter zu machen. Gleichzeitig werden den US-Steuerzahlern Hunderte von Milliarden Dollar abgeknöpft, um diese Zerstörung zu finanzieren. Wie George Orwell in 1984 urteilte:

Krieg ist eine Möglichkeit, Materialien in Stücke zu zerschmettern, in die Stratosphäre zu schleudern oder in den Tiefen des Meeres versinken zu lassen, die andernfalls dazu verwendet werden könnten, es den Massen zu bequem zu machen …

Im nächsten Kapitel werden wir herausfinden, wer wirklich vom Krieg gegen den Terror profitiert, und Vermutungen anstellen, wer die wahren Terroristen sind.

Kapitel 8 Endnoten

1. Sam Burcher, Europäische Richtlinie gegen Vitamine und Mineralien, Institute of Science in Society.

Siehe http://www.i-sis.org/vitamins2.php

1. Matthew Grant, Was kommt als nächstes für die UKIP?, BBC, London, 13. Juli 1999.

Siehe http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk politics/392150.stm

1. *Dr. Keith Strelling, WWU und das Wachstum der wirtschaftlichen und politischen Macht in der EU.*

Siehe http://www.gtorrington.freeserve.co.uk/documents/strellng.htm

1. Die EU verstehen, Transkript eines Videos der Gruppe „The Silent Majority".

Siehe http://www.silentmajority.co.uk/eurorealist/reports/

1. Scott Granneman, Debakel der elektronischen Stimmabgabe, The Register, 18. November 2003.

Siehe http://www.theregister.co.uk/content/55/34051.html

1. Paul Festa, Kalifornische Wahlmaschine in Frage gestellt, CNET News.com, 4. Nov.

2003.

Siehe http://news.com.com/2100-1028-5102254.html?tag = nl

1. Scott Granneman op. cit.
2. Ebenda.
3. Kim Zetter, E-Vote Machines Face Audit, Wired News, 12. August 2003. Siehe http://www.wired.com/news/technology/0.1282,59976.00.html
4. Analyse eines elektronischen Wahlsystems, Johns Hopkins Information Security Institute

Technischer Bericht, Ref. TR-2003-19, 23. Juli 2003. Siehe http://avirubin.com/vote/
Auf diesen Websites finden Sie außerdem ausführliche Untersuchungen zum Thema Wahlbetrug bei elektronischen Wahlen. http://www.eff.org/ http://www.blackboxvoting.org/

1. Scott Grannemann, op. cit.
2. Dennis J. Kucinich, Kongressabgeordneter für den 10. Bezirk von Ohio, Wahlrecht. Siehe http://www.house.gov/kucinich/issues/voting.htm
3. Kim Zetter, op. cit.
4. Paul Festa, op. cit.
5. Kim Zetter, E-Vote Firms Seek Voter Approval, Wired News, 20. Oktober 2003. Siehe http://www.wired.com/news/business/0.l367.60864.00.html

6. Einführung der elektronischen Stimmabgabe im Vereinigten Königreich, Büro des stellvertretenden Premierministers, 2003.

Siehe http://www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm localgov/documents/page/odpm locgov 605189-01.hcsp#P50 3102

1. Verträge, Website des Europarats.

Siehe http://conventions.coe.int/Treaty/en/Treaties/Html/177.htm

1. Website der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz. Siehe http://www.coe.int/T/E/human rights/Ecri/1-ECRI/
2. Über uns, Website der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC). Siehe

http://www.eumc.eu.int/eumc/index.php
fuseaction=content.dsp Katzeninhalt&Catid=2

1. House of Lords Sitzung 2002-03 32. Bericht, Sonderausschuss für die Europäische Union,

Der vorgeschlagene Rahmenbeschluss zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – eine Aktualisierung, 1. Juli 2003.
Sehen

http://www.parliament.the-stationery-office.co.uk/ pa/ld200203/ldselect/ldeucom/136/136.pdf

1. Website des Europarats gegen Rassismus

www.coe.int

The Council of Europe: guardian of Human Rights, Democracy and the Rule of Law for 700 million citizens - Portal - www.coe.int

The Council of Europe is the continent's leading human rights organisation. It includes 46 member states, 27 of which are members of the European Union.
www.coe.int www.coe.int

1. Philip Johnston, Briten droht Auslieferung wegen „Gedankenverbrechen" im Netz, The Daily Telegraph, London, 18. Februar 2003, Siehe

http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml =
/news/2003/02/18/nxeno18.xml&sSheet=/news/2003/02/18/ixnewstop.html

1. House of Lords, op cit.
2. Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Website des Europäischen Rates. Siehe

http://europa.eu.int/scadplus/leg/en/lvb/l33178.htm (Zusammenfassung der Entschließung)

http://www.europapoort.nl/9294000/modules/ vgbwr4k8ocw2/f=/vgdmi7kxegzg.pdf (die eigentliche Gesetzgebung)

1. Website der Organisation Amerikanischer Staaten

   http://www.oas.org/documents/eng/oasinbrief.asp
2. Artikel 1 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention 1969, Interamerikanische

Website der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten. Siehe

http://www.cidh.oas.org/Basicos/basic3.htm

1. Zusatzprotokoll zur Amerikanischen Menschenrechtskonvention im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte („Protokoll von San Salvador"), November 1988, Interamerikanische Kommission für Menschenrechte, Website der Organisation Amerikanischer Staaten.

Siehe http://www.cidh.oas.org/Basicos/basic5.htm

1. Muster einer nationalen Gesetzgebung als Orientierungshilfe für Regierungen bei der Verabschiedung weiterer Gesetze gegen Rassendiskriminierung, Website des Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte.

Siehe http://www.unhchr.ch/html/menu6/2/pub962.htm

1. Daniel Hannan, Back in the USSR for the EU's latest members, The Daily Telegraph, London, 1. Juni 2003. Siehe

http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml = %2Fnews%2F2003%2F06%2F01%2Fweu101.xml

1. Ambrose Evans-Pritchard, Meinung: Wenn hier nicht ein Superstaat entsteht, was dann? The Daily Telegraph, London, 15. November 2000.

http://www.telegraph.co.uk/opinion/main.jhtml?xml=/opinion %2F2000%2F11%2F15%2Fdo01.xml&secureRefresh=true& requestid = 102136

1. Sally Pook, Rassismus-Klage gegen Telegraph-Mann fallengelassen, The Daily Telegraph, London,

21. Januar 2003. Siehe http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=/news% 2F2003%2F01%2F21%2Fnpage21.xml&secureRefresh=true& requestid=88226

1. Der konsolidierte Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

Titel II, Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Fünfter Teil, Titel I,

Bestimmungen
Verwaltung der Institutionen, Kapitel 4, Der Ausschuss der Regionen:
Artikel 263 (ex-Artikel 198a).

Siehe http://www.silentmajority.co.uk/eurorealist/treaty.html
Siehe auch: Wichtige Schritte hin zu einem Europa der Regionen und Städte in einer integrierten Kontinent, ein Flussdiagramm, veröffentlicht vom EU-Ausschuss der Regionen unter

http://www.cor.eu.int/en/docu/etud/europe cdr.pdf

1. Website der Regierungsstellen für die englischen Regionen, Büro des stellvertretenden Premierministers. Siehe http://www.rcu.gov.uk/GO/default.asp
2. Was sind Regionalkammern? Website des Büros des stellvertretenden Premierministers. Siehe http://www.odpm.gov.uk/stellent/groups/odpm regions/documents/page/odpm regions 607885.hcsp
3. Regional Governance, ebenda.

http://www.odpm.gov.uk/stellent/groups/
odpm-Regionen/Dokumente/Seite/odpm-Regionen 023393.hcsp

1. Ukrainische Marines halten Autofahrer an. BBC. London. 23. September 2003.

Siehe http://news.bbc.co.uk/1/hi/scotland/3131058.stm
und die schottische Küste werden Austragungsorte für Kriegsspiele, BBC, London, 11. September 2003.

Siehe http://news.bbc.co.uk/1/hi/scotland/3100730.stm

1. Response Force demonstriert Leistungsfähigkeit in erster Übung, NATO-Website. Siehe http://www.nato.int/shape/news/2003/11/i031121a.htm
2. Ellen Tomson, Gulf War Illnesses Affect 300,000 Vets, PioneerPlanet / St. Paul (Minnesota) Pioneer Press, 19. September 2000. Siehe http://www.gulfwarvets.com/pioneer.htm
3. Major Doug Rokke, interviewt bei Radio Liberty, 12. Januar 2005. Klicken Sie hier, um anzuhören
4. Garth Nicolson Phd, wissenschaftlicher Leiter, Was gibt es Neues? The Institute of Molecular Medicine, 4. November 2001. Siehe http://www.immed.org/whatsnew/WhatsNewAddition01-11-4.htm

---

Revision #1
Created 14 October 2025 14:42:56 by investigatione
Updated 14 October 2025 14:43:13 by investigatione